

In Bitburg beginnt die Suche nach einer Alternative

STEN MARTENSON

Otto Theisen, seines Zeichens Justizminister des Kohl- und Weinlandes Rheinland-Pfalz, apostrophierte sich als Unternehmer eines Wagnisses. Als solches sah er den Versuch an, innerhalb von zwei Tagen „Bitburger Gespräche“ nicht nur Fragen nach dem „Ist“, „Soll“ und „Kann“ der Strukturen unserer Gesellschaft und unseres Staates zu stellen, sondern darauf auch Antworten zu erhalten. Es sei vorausgeschickt, was Gastgeber Theisen am Schlußtag denn auch mit dem Freimut anklingender Resignation einräumte: Es blieb bei dem Versuch, „eine Art Vorwärtsverteidigung“ gegen das System totalitärer Unfreiheit zu proben, gegen ein System, das sämtliche Gesprächsteilnehmer mehr oder weniger nah vor unseren Toren wähen. Zweifellos nötigte die Analyse des „Ist“, wie sie Bundesverfassungsrichter Wand und der Mainzer Professor Rupp in breit angelegten Referaten unternahmen, Respekt ab. Diese keineswegs vom bloßen Wohlgefallen am Erreichten geprägten Beiträge, was vor allem für Wands Gedanken zum Thema „Freiheit und Verantwortung“ zutrifft, brachen indessen immer dann ab, als es an der Zeit gewesen wäre, sich dem „Kann“ und „Soll“ zu widmen. So nahm es denn auch nicht wunder, daß der zum Teil illustre Kreis Konservativer, der sich in seiner Mehrheit aus jüngeren der Juristerei rekrutierte, sich mangels ausformulierter „Soll“-Programme mit Vehemenz auf eine Beschreibung des „Soll nicht“ stürzte.

So wenig diese Klagen innerhalb der Diskussion dem Anspruch des „Bitburger Gesprächs“ gerecht wurden, ein „im wesentlichen geschlossenes theoretisches Konzept“ zu erarbeiten, so deutlich legten sie den tief wurzelnden Unmut bloß, mit dem der wohl überwiegende Teil deutscher Rechtsgelehrter an Universitäten und Gerichten allen Veränderungen der überlieferten „Wertewelt“ gegenübersteht. Niemand malte wie jüngst Hans Joachim Schöps, einer der wortgewaltigsten deutschen Konservativen, Visionen vom Untergang der Bundesrepublik an die noch frisch gekalkten Wände des Sporthotels in der Südeifel bei Bitburg. Zu einem nicht geringen Teil mag das aber auch daran gelegen haben, daß Professoren wie Rechtsdiener meist nur für ihren engen Erfahrungsbereich das Wort ergreifen.

Der Verfall des Leistungsprinzips und die duckmäuserische Laxheit der Justizorgane gerieten so immer wieder in den Brennpunkt der Kritik. Es fehlte indessen auch nicht an der Beschwörung der Grundwerte dieses Staates, „die systematisch ausgehöhlt würden“, am Appell an die Moral und an die Sittlichkeitsgebote, ohne die ein Staat nicht auskomme. Es wurde auch gegen Presse und Fernsehen gewettert und an die Verschmutzung unserer Welt durch die Pornographie erinnert, gegen die leider nicht mit dem gleichen Engagement zu Felde gezogen werde wie gegen die Umweltverschmutzung. Dies alles hat ebenso wie die Begriffe „Gewissen, Opfertreue, Vaterlandsliebe und Patriotis-

mus“, deren heutige Verunglimpfung gleichfalls in den umfangreichen Katalog der Klagen geriet, seinen festen Platz in der Gedankenwelt unserer Gesellschaft. Das mag man bedauern oder nicht. Nur entspricht das nicht der Haltung jener, die ihr Beharrungsvermögen zu gering und ihren Willen zu selbst maßvollen Veränderungen in ihrer politischen und geistigen Umwelt zu hoch einschätzen?

Darüber hinaus krankte die Ouvertüre der „Bitburger Gespräche“ nicht nur an dieser gewissen Überschätzung der eigenen Möglichkeiten, sondern auch an einer allzu betonten — konservativen — Kopflastigkeit der Teilnehmerliste. Zweifellos konnte man aus der Sicht des Veranstalters keine Auswahl treffen, die das ganze Spektrum unseres politischen und ideologischen Pluralismus erfaßt hätte. Wieviel lebhafter und ertragreicher eine Diskussion auch unter in etwa Gleichgesinnten sein kann, zeigte sich am zweiten Tag der Veranstaltung. Nachdem der Mainzer Ordinarius Hans Heinrich Rupp sich mit dem Thema „Freiheit und Partizipation“ auseinandergesetzt hatte, indem er das Wort „Mitbestimmung“ nur sehr vorsichtig mit zwei Fingern anfaßte („gelegentlich hat man fast den Eindruck, wir lebten in einem Zeitalter des politischen Geschwätzes, und hätte dieses Geschwätz nicht gefährliche Rausch- und Immunsierungseffekte, so ginge man am liebsten auf Tauchstation, um bessere Zeiten abzuwarten“), griff auch der durch sein Gutachten bekannt gewordene Mitbestimmungs-Experte Professor Biedenkopf in die Debatte ein. Sein Einwand, das in der Diskussion zuvor immer wieder ins Spiel gebrachte Putzfrauen-Argument gegen die Mitbestimmung (Putzfrauen bestimmen über Forschungsvorhaben) sei „demagogisch“, rief heftigsten Protest hervor. Sein Appell, gewisse Fehlentwicklungen seien „fast nötig“, und der Fingerzeig auf die Putzfrauen komme den „Methoden der Linken“ sehr nahe, prallten an der Mauer weitgehend unflexibler Haltungen ab.

Ob mehr Biedenköpfe diese Mauer in künftigen Bitburger Gesprächen eher abtragen können, bleibt bis zum Beweis dieser Vermutung eine bloße Behauptung. Um das Ausbleiben jeglicher Impulse für das „Soll“ und „Kann“ in Zukunft nicht wieder beklagen zu müssen, wird sich Gastgeber Theisen schließlich auch um einen höheren Anteil Politiker in seiner Gesprächsrunde bemühen müssen. Drei Bundestagsabgeordnete und eine Handvoll Landespolitiker waren denn doch zuwenig. Und wer schließlich gehofft oder zumindest erwartet hatte, daß ein aus der Ruhe des Privatier-Daseins heraus engagierter Ex-Bundestagspräsident Wegweisendes zu den Zukunftschancen unserer Demokratie zu sagen hätte, sah sich getäuscht. Eugen Gerstenmaiers Auftritt blieb dennoch nicht unbeachtet. Ihm war es vergönnt, wenn auch auf ungewöhnliche Weise, die derzeitige Bonner Koalition positiv ins Bitburger Gespräch zu bringen. Das in Bonn vergessene Manuskript seines Vortrags flog noch eben rechtzeitig ein Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes in die Südeifel, wodurch Gerstenmaier sich gegenüber „seinem alten Freund Genscher“ zu nicht wenig Dank veranlaßt sah.

(Stuttgarter Zeitung — 30. Mai 1972)